

Aufruf zur Kundgebung „Gegen Rheinmetall, Wehrpflicht und Aufrüstung - für Frieden“

Es gibt Diskussionen um die Wiedereinführung der Wehrpflicht, es wird ein unverkrampftes Verhältnis zwischen Bundeswehr und Schule gefordert, an Schulen sollen Zivilschutzübungen stattfinden, in den Lehrplänen tauchen vermehrt militaristische Inhalte auf, Jugendoffiziere der Bundeswehr werben in den Schulen fürs Sterben und es wird versucht Zivilklauseln an den Universitäten zu verbieten.

All das sind Beispiele, wie die Militarisierung der Jugend aktuell vorangetrieben wird.

Rüstungskonzerne wie Rheinmetall in Düsseldorf machen Rekordprofite und immer weitere Milliarden an Steuergeldern gehen in Rüstung. Gleichzeitig fühlt sich Rheinmetall in der Öffentlichkeit immer wohler, sodass bereits offen Sponsorendeals mit dem DEG gemacht werden, um fürs Sterben zu werben.

Auf der anderen Seite sinken die Reallöhne, werden Bildungs- und Gesundheitssystem kaputtgespart und der Sozialabbau wird krass vorangetrieben. In Zeiten von Inflation und Krieg sind das beste Gegenmittel immer noch soziale Kämpfe in Schule, Uni und Betrieb.

Die Herrschenden behaupten, wir bräuchten mehr Aufrüstung, um unser Land zu verteidigen. Aber was sehen wir in Wirklichkeit?

Die NATO hat sich immer weiter nach Osten ausgedehnt, amerikanische Atomwaffen sind mittlerweile in ganz Europa stationiert, deutsche und NATO-Kriegsschiffe patrouillieren vor Chinas Küste und an der russischen Grenze finden Militärmanöver statt.

Die neueste Eskalationsstufe ist die Stationierung von US-Langstreckenraketen in Deutschland, die sogenannten Tomahawk-Raketen können Ziele in über 2000 Kilometern Entfernung treffen, damit steigt die Bedrohung Russlands durch die NATO-Staaten mit der Stationierung in Deutschland massiv.

Als Antwort darauf droht Russland nämlich mit der Stationierung ähnlicher Waffen an seiner westlichen Grenze. Das hat wenig mit Verteidigung und Friedenssicherung zu tun, sondern trägt zur weiteren Eskalation und steigenden Kriegsgefahr bei. Und die Leidtragenden sind immer die Bevölkerungen der Staaten, die Krieg führen.

Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen. Es geht darum, im Auftrag der großen Banken und Konzerne Absatzmärkte, Einflussphären und Rohstoffquellen in aller Welt zu sichern und den eigenen Platz auf der Weltkarte abzusichern. Und deswegen gehen wir auch in Deutschland gegen die deutsche Kriegstreiberei auf die Straße.

Gegen Rheinmetall, Aufrüstung und Wehrpflicht müssen wir gemeinsam aktiv werden!

Deshalb auf die Straße zum Antikriegstag am 1. September 2024 um 14 Uhr auf dem Burgplatz in Düsseldorf!

Wir fordern:

- **Eure Wehrpflicht – ohne uns! Gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht und gegen alle Zwangsdienste!**
- **Bundeswehr raus aus Schulen, Hochschulen, Arbeitsagenturen und Öffentlichkeit!**
- **US-Atomwaffen raus aus Deutschland!**
- **Abrüsten statt Aufrüsten! Geld für Gesundheit, Bildung und Soziales statt für Rüstung!**
- **Friedensverhandlungen statt weiterer Eskalation!**